

Bürger wollen Gutachter einschalten

B 212 NEU Entlastungsstraße müssten Delmenhorst und Ganderkesee bezahlen – Zuschuss möglich

Der Meinungs austausch blieb sehr sachlich. Am Freitag läuft die Frist für Stellungnahmen der Bürger ab.

VON WOLFGANG LOEST
UND MECHTHILD VOIGT

DELMENHORST/GANDERKESEE – An der Notwendigkeit, die B 212 in Kombination mit der A 281 neu zu bauen, gibt es nach Angaben von Joachim Delfs, Chef der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr in Oldenburg, keinen Zweifel, denn mit der Auf-

nahme in den Bundesverkehrswegeplan sei die Notwendigkeit bereits vom Bundesgesetzgeber festgestellt worden. Delfs nahm am Donnerstagabend in Begleitung von Franz-Josef Sickelmann, Leiter der Regierungsvertretung Oldenburg, an einer Bürgerkonferenz zur B 212 teil, zu der Oberbürgermeister Patrick de La Lanne in die Delmeburg geladen hatte, weil das geplante Projekt „gravierende Auswirkungen auf die Stadt“ haben werde. Über 200 interessierte Bürger waren dieser Einladung gefolgt.

Der Sprecher der Interessengemeinschaft B 212/Freies

Deich- und Sandhausen (IGB), Uwe Kroll, wies auf die großen Bedenken hin, die nach Durchsicht der 500 Seiten starken Unterlagen des Raumordnungsverfahrens auf-

*Mit steigender
Belastung in den
Wohngebieten ist
zu rechnen*

getreten sind. Die IGB habe bereits eine Stellungnahme abgegeben, die mehr als 100 Seiten umfasst. Die Behörde habe bei ihrer Grobprüfung gravierende Fehler gemacht.

Die IGB will jetzt einen Gutachter einschalten. Vertreter des Nabu kündigten mehrere Klagen aus dem Naturschutzbereich an.

Delfs verteidigte die vorgelegte Trassenplanung, nach der die neue Bundesstraße an der Stromer Landstraße auf die Landesgrenze trifft. Eine nördliche Variante, die von der Stadtverwaltung gefordert wird, sei nicht durchsetzbar, weil sie EU-Schutzgebiete tangieren würde.

Der Verkehrsexperte räumte ein, dass Delmenhorst und die nähere Umgebung mit wachsenden Fahrzeugzahlen rechnen müssen.

Es gebe Möglichkeiten der Reglementierung, die seine Behörde aber nicht näher untersucht habe, weil die Stadt für die innerstädtische Verkehrsplanung zuständig sei.

Delfs machte noch einmal deutlich, dass die ins Gespräch gebrachte Umgehungsstraße oder „Entwicklungsachse“ auf Ganderkeseer Gebiet weder vom Bund noch vom Land geplant werde. Sie sei allerdings „eine Chance für beide Kommunen“. Aus seiner Sicht käme eine Verlängerung der Trasse auf dem Hohenborn in Betracht. Dafür könne es durchaus auch Zuschüsse geben.